

Nr. **XIX. GP.-NR**  
1068 /J  
1995 -05- 0 5

## ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Franz Steindl , Kiss , Auer  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Belastungsstop für Gemeinden

In den letzten Jahren sind die österreichischen Gemeinden durch legislative Beschlüsse im Nationalrat finanziell stark belastet worden. Vor allem die 2. Steuerreform im Jahre 1993 hat dazu geführt, daß die Gemeinden noch heute mit Einnahmenausfällen (z.B. Wegfall der Gewerbesteuer) zu kämpfen haben.

Zusätzlich werden die Gemeinden durch die Übertragung immer neuer Aufgaben überlastet (z.B. Wasserrechtsgesetz, Schulgesetz, Abfallwirtschaftsgesetz, usw.). Die letzten Belastungsmaßnahmen sind im Budget 1995 verankert und betreffen vor allem die Mitfinanzierung der EU-Beitrittskosten in der Gesamthöhe von 4,75 Mrd. S sowie den Beitrag der Gemeinden zur Finanzierung der Sondernotstandshilfe.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

### Anfrage:

- 1) Wie hoch schätzen Sie den Einnahmenausfall der Gemeinden in den nächsten Jahren, obwohl mit der Kürzung des IFB die EU-Mitfinanzierung kompensiert werden soll?
- 2) Wie hoch werden die Einnahmen des Bundes aus der Mitfinanzierung der Gemeinden bei der Sondernotstandshilfe sein?
- 3) Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel benachteiligt die kleinen Gemeinden. Streben Sie im Zuge der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen eine Änderung zugunsten der kleineren Gemeinden an?
- 4) Laut Gerüchten ist eine geringere Dotierung des Ökofonds seitens des Bundes vorgesehen. Ist diesen Gerüchten Glauben zu schenken?
- 5) Die Ertragsanteilsentwicklung bzw. überhaupt das Steueraufkommen haben sich im Vergleich zum Vorjahr schlechter entwickelt. Diese Entwicklung fällt zuungunsten der Gemeinden aus. Gibt es von Ihrer Seite Versuche gegenzusteuern?